

## Inhalt

- Banken in Zeiten von COVID-19
- Nachhaltiges Finanzwesen in Vorbereitung
- Die EU-Finanzstrategie wird digital
- Fokus: Retail
- Kampf gegen Geldwäsche: die nächste Runde
- Geht der Brexit nochmals in die Verlängerung?

# EU-Newsletter

Ausgabe 154  
Mai 2020



EU-Newsletter, Ausgabe 154

1

Text Dina Filipović

## Banken in Zeiten von COVID-19

### Die neue Realität

Nachdem der erste Gesundheitsschock, den das neue Virus ausgelöst hat, sich langsam legt, dreht sich der Fokus auf die Bekämpfung des europaweiten wirtschaftlichen Abschwungs.

Auf EU-Ebene wurden weitgreifende Hilfsmaßnahmen beschlossen, um der Wirtschaft durch die Krisenzeit zu helfen. Trotz aller Maßnahmen, wurden die operativen Kapazitäten der Kreditinstitute auf die Probe gestellt, denn um ihre Kernfunktionen auch in der Pandemie fortführen zu können, versetzten Banken einen Großteil ihrer Tätigkeiten ins Home Office.

Die herausfordernden Arbeitsumstände werden nicht nur durch massive externe Nachfragen nach Überbrückungskrediten und Stundungen auf die Probe gestellt, sondern auch durch zusätzliche COVID-19 bedingte Meldepflichten erschwert.

### Ein starker Finanzsektor

Mit dem Ziel so viel Kapital wie möglich zur Verfügung zu stellen, haben die europäischen Institutionen (Rat, Kommission, EZB und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde) den Banken empfohlen, vorerst keine Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe zu tätigen, sowie auch die variable Vergütung nochmals zu überprüfen. Zusätzlich können viele der Kapitalreserven und -puffer, die in den letzten zehn Jahren durch die Institute aufgebaut wurden, nun für die Finanzierung der Realwirtschaft genutzt werden. Weiters hat die Kommission einige vorübergehende Erleichterungen in der Kapitaladäquanzverordnung (CRR) vorgeschlagen, welche jetzt im Rat und Parlament diskutiert werden. Alle diese Maßnahmen wurden mit einem Ziel getroffen: den Kreditzugang für Unternehmen und Haushalte zu unterstützen.

### Gemeinsam durch die Krise

Trotz teils wackelnder Stabilität des Finanzsektors in Europa, werden in Brüssel die europäischen Kreditinstitute als Teil der Lösung der Krise und nicht als Problem gesehen.

Um unseren Sparkassen in ihren Bemühungen zu helfen, setzt sich der Sparkassenverband auf EU Ebene sehr stark dafür ein, weitere Erleichterungen im Bankenregelwerk zu erreichen. Aufgrund der vermutlich noch lange andauernden angespannten Wirtschaftslage, sind Gesetzesanpassungen unbedingt nötig, damit die Banken Kredite in die Realwirtschaft bringen und gemeinsam die, durch die Coronakrise ausgelösten negativen Effekte abschirmen können.

Text Roland Tassler

# Nachhaltiges Finanzwesen in Vorbereitung

## Finanzierung der Klimaanpassung bleibt Priorität

Die Frage, wie man die Finanzierung der Klimaziele stemmen soll, ist durch Covid-19 zwar in den Hintergrund getreten, sie bleibt aber aktueller denn je.

Die EU-Kommission bereitet deshalb eine neue Strategie vor. Diese baut auf der alten Strategie von 2018 auf. Dient die erste Strategie dazu, Finanzinstitute und Finanzprodukte „grüner“ zu machen, so soll bei der neuen Strategie die Umschichtung von Kapitalströmen in nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeiten und die Finanzierung des europäischen Green Deals im Mittelpunkt stehen. Im Unterschied zur ersten Strategie soll künftig auch die soziale Komponente, also die sozialen Risiken, mehr Berücksichtigung finden.

### Massive Investitionen erforderlich

Damit die EU nur die Klima- und Energie-



© Pixabay/Tobias Weinhold

ziele für 2030 erreicht, wird der zusätzliche jährliche Investitionsbedarf auf 260 Milliarden Euro geschätzt. Der Konsultation ist zu entnehmen, dass die Kommission Maßnahmen in drei Bereichen setzen will.

Zum Ersten soll grundsätzlich der Rechtsrahmen auf die Förderung nachhaltiger Finanzierungen abgestimmt werden. Zweitens sollen private Investitionen in nachhaltige Projekte gesteigert werden und drittens sollen Klima- und Umwelt-

risiken vollständig in Finanzinstitutionen und das Finanzsystem per se integriert werden. Beispielhaft werden folgende Möglichkeiten erwogen: nachhaltige Produkte für Kleinanleger zu forcieren; variable Vergütungsbestandteile stärker an ESG-Faktoren zu knüpfen; die Entwicklung von Gütesiegel und Standards für Anleihen, Investmentfonds und Kredite sowie entsprechende Anpassungen an der Unternehmensberichterstattung.

### Neue Strategie im Herbst, Gesetzesvorschläge in 2021

Die Konsultation der Kommission läuft bis Mitte Juli. Der Sparkassenverband beteiligt sich aktiv an der Diskussion. Insbesondere sind Proportionalität, die Begrenzung der Ausuferung der Bürokratie, sowie die sozialen Aspekte zentrale Elemente für uns.

Text Dominik Kirchdorfer

# Die EU-Finanzstrategie wird digital

## COVID-19 zwingt Europa zur Digitalisierung

Im Zuge der Coronakrise haben selbst die Europäischen Institutionen gemerkt, wie wichtig die Digitalisierung für uns alle ist und noch werden wird. Ziel der Europäischen Kommission ist es die Europäische digitale Souveränität zu erlangen und die weltweite Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, während gleichzeitig die Sicherheit und Privatsphäre geschützt werden.

Die Europäische Kommission erfragt bis zum Sommer die Positionen von Bürgern und Interessensvertretern zum Thema Digitale Finanzstrategie. Gleichzeitig hat der Rechtsausschuss (genannt JURI) des Europäischen Parlaments per Videokonferenz vier Papiere zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz diskutiert und dabei selbst erlebt, wie schmerzhaft technische Gebrechen für die Alltagsarbeit sein können. Denn die Diskussion musste für über eine halbe Stunde unterbrochen werden, um Fehler des Videokonferenzsystems zu beheben.

### Bei der Digitalisierung zählen die Menschen

Für uns ist klar, die digitale Welt ist vor allem dafür da, um den Menschen zu helfen. Deswegen setzen wir uns unter anderem für erhöhte Cybersecurity Maßnahmen und den Schutz von Kundendaten ein. Außerdem wäre es im Sinne der Europäischen Idee, eine europäische eID einzuführen, um es Bürgern zu erleichtern sich in ganz Europa elektronisch zu identifizieren und Bankkonten zu führen.

### Ein Digitales Europa besteht aus europäischen Firmen

Auch Unternehmen müssen geschützt und gefördert werden. Wir kämpfen dafür, dass Europäische Verordnungen und Regulierungen technologie-neutral werden und gleiche Wettbewerbsbedingungen

bieten. Unter anderem sollte es möglich sein, Kunden statt Papiertürmen digital Informationen zu ihren Kontokonditionen zuzustellen. Auch das Angebot von Cloud-Anbietern muss diverser und günstiger werden. Dafür sollen Standardverträge und technische Standards auf EU Ebene sorgen. So schafft die EU auch wieder einen Anreiz für europäische Start-Ups und schafft Wettbewerb für dominante amerikanische und chinesische Großkonzerne.



© Pixabay

Text Roland Tassler

## Fokus: Retail

### Neue Zahlungsverkehrsstrategie und Überarbeitung der Kredite-Richtlinien

Die neue Kommission ist mittlerweile richtig in Fahrt gekommen und legt das Fundament für ihre Rechtsvorschlüsse für die kommenden Jahre. Neben den Konsultationen zur nachhaltigen sowie zu einer digitalen Finanzstrategie, befragt die Kommission die Öffentlichkeit seit April auch zu einer Strategie für den europäischen Zahlungsverkehr.

Ziel ist die Schaffung eines innovativen, integrierten und wettbewerbsfähigen Massenzahlungssektors für die europäischen Verbraucher. Sichere und effiziente Zahlungssysteme und -dienste sollen dazu beitragen, die Fähigkeit der EU zur Bewältigung von Ausfällen zu verbessern.

Die Union will eine strategische Vision erarbeiten, um sicherzustellen, dass Verbraucher und Unternehmen die Vorteile schneller und sicherer paneuropäischer Zahlungsdienste in vollem Umfang nutzen



©Erste Bank

können. Den SEPA Sofortüberweisungen (instant payments) wird dabei eine wichtige Rolle beigemessen. Der Dominanz nicht-europäischer Akteure soll damit entgegengetreten werden.

### Wohnkredite und Verbraucherkredite

Die EU Verbraucherkredite-Richtlinie hat die Kommission bereits im letzten Jahr

konsultiert und evaluiert gerade, welche Änderungen erforderlich sind. Die Bewertung der EU Wohnkredite-Richtlinie verläuft etwas zeitverzögert. In Auftrag der Kommission werden gerade Befragungen von ausgewählten Marktteilnehmern durchgeführt.

Als eine von wenigen europäischen Interessensvertretungen hat der Sparkassenverband die Gelegenheit erhalten, der Kommission eine Einschätzung über die Funktionsweise und den gewünschten Änderungsbedarf an der Richtlinie darzulegen. Es ergibt sich dadurch für uns die Gelegenheit, bereits frühzeitig im Entstehungsprozess der neuen EU Wohnkredite-Richtlinie miteinbezogen zu werden.

Spätestens im Jahr 2021 ist mit der Vorlage von Änderungsrichtlinien über Verbraucher- und Wohnkredite zu rechnen.

Text Dominik Kirchdorfer

## Kampf gegen Geldwäsche: die nächste Runde

### Ein neuer Aktionsplan

Anfang Mai veröffentlichte die Europäische Kommission einen neuen Aktionsplan zum Kampf gegen Geldwäsche. Sie plant für Anfang 2021 mehrere neue Gesetzesvorlagen. Unter anderem schlägt die Kommission ein einheitliches Regelwerk zum Kampf gegen Geldwäsche in der EU vor, sowie eine neue EU Aufsichtsbehörde und einen Koordinierungs- und Unterstützungsmechanismus für die zentralen Meldestellen der Mitgliedsstaaten.

### Keine neuen Extrakosten und Bürokratie

Unsere Position zum Kommissionsvorschlag ist klar: Wir begrüßen die Harmonisierung von Regeln und die stärkere Vernetzung der nationalen Behörden. Aber dafür bedarf es aus unserer Sicht keiner neuen, eigenständigen EU-Aufsichtsbehörde. Es gibt bereits jetzt viele Bankenbehörden



©Pixabay/Tumisu

und Aufsichten, die enormen administrativen Aufwand bedeuten und auch von uns Banken finanziert werden. Die neuen Aufgaben könnten sicherlich auch in eine bereits existierende Behörde integriert werden. Viel wichtiger wäre es doch eine europäische Finanzpolizei zu etablieren, die Geldwäscherei grenzübergreifend verfolgt und bestrafen kann.

### Der Silberstreif heißt Bosnien & Herzegowina

Die Kommission hat außerdem die Liste der

Drittländer mit hohem Risiko, deren nationale Regelungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung strategische Mängel aufweisen, aktualisiert. Dabei sind mehrere neue Länder hinzugekommen, aber auch einige von der Liste gestrichen worden. Darunter fallen z. B. Tunesien und Bosnien und Herzegowina. Dies fordern wir bereits seit mehreren Jahren, nachdem Bosnien bereits große Fortschritte im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung gemacht hat.



*Wir begrüßen die Harmonisierung von Regeln und die stärkere Vernetzung der nationalen Behörden.*

Österreichischer Sparkassenverband



Text Dominik Kirchdorfer

# Geht der Brexit nochmals in die Verlängerung?

## Der Stand der Dinge

Brexit heißt Brexit. So wurde es immer wieder von den Briten verkündet. Und dennoch scheint der Brexit nie sein Ende zu finden. Nach drei Jahren der Unentschiedenheit, ist Großbritannien nun offiziell seit 1. Februar 2020 nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Doch Moment! Bisher befolgt Großbritannien weiterhin alle Regeln und ist de facto (wenn nicht de jure) weiterhin stimmloses Mitglied der EU. Zumindest bis zum 31. Dezember 2020. Denn mit Ende des Jahres endet die sogenannte Übergangszeit, während der alles beim Gleichen bleibt. Ohne ratifiziertem Handelsabkommen vor dem 1. Jänner 2021, wird ein Großteil der Handelsbeziehungen, inklusive dem Finanzmarktzugang wegbrechen.

### Die Zeit wird knapp

Die Verhandlungen sind seit Februar keinen Schritt weitergegangen und das ist nicht COVID-19 zuzuschreiben. Die Briten stellen weiterhin ihre eigenen Interessen an vorderste Stelle und lassen sich nicht auf Gespräche zu Themen, wie z.B. der Fischerei ein, die für die EU wichtig sind. Das führt zu einer Patt-Situation.

Diesen Monat haben beide Verhandlungspartner, David Frost (GB) und Michel

Barnier (EU) öffentlich erbitterte Briefe ausgetauscht, die diese Situation verdeutlichen. Nun drängt die EU und macht deutlich: Wenn Großbritannien ein Handelsabkommen mit der EU will, muss sich Großbritannien an EU Regeln halten. Somit müssten die Briten weiterhin alle EU Regulierungen anwenden, nur ohne Mitspracherecht. Ein Schicksal, das viele Experten schon 2014 vorhergesagt haben. Vielleicht ist also der Brexit doch kein Brexit?

### Keine Verlängerung mehr

Sowohl Briten, als auch die EU machen einander klar, dass es keine weitere Verlängerung mehr geben wird. Bis Oktober muss das Freihandelsabkommen stehen, um rechtzeitig ratifiziert zu werden. Sonst gibt es ab 1. Jänner 2021 doch einen harten Brexit. Die Europäische Kommission bereitet sich bereits seit letztem Jahr darauf vor und hat mehrere Pakete dafür geschnürt. Das Austrittsabkommen sichert ebenfalls viele Rechte und Pflichten beider Seiten ab.

Allerdings hat die Kommission betont, dass so oder so nicht alles beim Alten bleiben wird und der Finanzsektor in Europa damit rechnen muss, dass der Austausch von Finanzdienstleistungen ab dem 1. Jänner 2021 erheblich erschwert wird.



©Pixabay/Tumisu

## Impressum & Kontakt

Österreichischer Sparkassenverband  
A-1100 Wien, Am Belvedere 1  
Telefon: +43(0)5 0100 - 284215  
DVR 0056766 ZVR 419678876

European Affairs  
Amrit Rescheneder  
amrit.rescheneder@sv.sparkasse.at  
B-1000 Brüssel, Rue Marie-Thérèse 11